

Wort halten ...

Ideenbörse zur Weiterführung und Verwirklichung des Sozialwortes

Friedemann Bringt

Der konziliare Prozeß der Kirchen in der DDR war der Versuch einer Ortsbestimmung an der Seite der Menschen im real existierenden Sozialismus. Er war eingebunden in einen europäischen Diskussionsprozeß. Nicht das eigene, unverrückbare Weltbild war Kriterium, sondern der Versuch eines Dialoges in Bewegung. Über vielfältige ideologische Grenzen und Beschränktheiten hinweg versuchten Christen mit Atheisten, Ökologen mit Menschenrechtlern, Marxisten mit Liberalen, usw. einen gemeinsamen Diskurs zu führen. Dies ist die Tradition, in der das Sozialwort der Kirchen steht. Wir brauchen eine engagierte Kirche, die die Probleme der Menschen, vor allem der Randgruppen dieser Gesellschaft, ernst nimmt und sich zu ihrem Sprachrohr macht. So hätte Kirche Gesicht, wäre selbstbewußte, aktive Kraft an der Seite der Menschen.

Die Bundestagswahlen des Jahres 1998 haben für neue politische Mehrheiten gesorgt. Auch die neue Regierung wird den kritischen Dialog von außen brauchen. Die vorgestellten Konzepte dazu sind nicht neu. Jedoch erfordert ihre Umsetzung ein Maß an politischem Gestaltungswillen, den die wirtschaftlichen wie politischen Eliten aufzubringen bisher nicht in der Lage waren. Die nun anstehenden Konsensgespräche für Arbeit, eine gerechte soziale Lastenverteilung, einen tragfähigen Generationenvertrag, den Ausstieg aus der Atomkraft usw. werden die Ausdauer und Diskursfähigkeit der Verhandlungspartner verlangen. Es lohnt sich, die konziliaren Erfahrungen und Kompetenzen der Kirchen in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Doch müssen die Kirchen dafür selbst dialogfähig bleiben. Der konziliare Prozeß lebt vom Engagement der Gemeinden und Christen im Land. Er braucht neue Kraft. Die gesellschaftlichen Reformkonzepte müssen weitergedacht und innerhalb des konziliaren Prozesses fortgeführt werden. Die Erfahrungen der konziliaren Bewegung in der DDR können ermutigen. Wenn Kerzen und (politische) Gebete ein waffenstarreres System friedlich zur Aufgabe bringen konnten, wird auch die Vision einer solidarischen Gesellschaft sich letztlich erfüllen können. Auch die bundesdeutsche Marktwirtschaft kann nicht mehr so weiter wie bisher. Sie braucht den aktiven Gestaltungswillen der Bevölkerung um zu bestehen.

Jens Hoffsummer

(1) In Kirchgemeinden erlebe ich immer wieder, daß das Sozialwort unbekannt ist. Eine Diskussion auf Gemeindeebene bedeutet für die Gemeindeglieder eine Auseinandersetzung mit den darin vorkommenden Themen. Es sind Themen, die die Menschen in der Gemeinde beschäftigen und die sie in der Gesellschaft wahrnehmen. Das Sozialwort bietet Gemeinden den Raum, genau dies aufzugreifen, so daß z. B. Armut oder Arbeitslosigkeit neu thematisiert werden und einen Platz in der Gemeinde finden. Mit der gemeindlichen Auseinandersetzung mit dem Sozialwort ist ein erster Schritt in Richtung sozialdiakonische Gemeinde getan.

(2) Daneben sehe ich es als notwendig an, daß das Sozialwort in kirchlichen Ausbildungsstätten immer neu thematisiert wird, sei es an theologischen Fakultäten oder Fachhochschulen. Es ist wichtig, daß hier das Papier ins Bewußtsein der zukünftigen TheologInnen, DiakonInnen oder SozialarbeiterInnen gelangt. Neben der thematischen Auseinandersetzung können so auch der Diskussionsprozeß im wissenschaftlicher Rahmen weitergeführt und die Überlegungen des Wortes weiterentwickelt werden.

(3) Um die Diskussion in diesen beiden Bereichen fortzusetzen, halte ich es darüber hinaus für notwendig, daß die Diskussion in den höheren Gremien der Kirchen (Bischofskonferenz, Rat der EKD) weiter vorangetrieben wird. Es darf hier nicht nach dem Motto „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ verfahren werden. Zu wünschen wären noch klarere Signale zu einer Fortführung der Diskussion. Vielleicht mit dem Ziel, zukünftig regelmäßig ein „Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ herauszubringen – auf Basis des jetzigen Wortes und der laufenden Diskussion!

Ulf Liedke

(1) Der Publikation des Sozialwortes ist ein ca. 1½-jähriger Diskussionsprozeß vorausgegangen, in dem Laien und Kirchenvertreter, Experten und engagierte Bürger, Institutionen und Basisgruppen ihre Erfahrungen, Analysen, Erwartungen und Lösungsvorschläge an die Clearingstellen der Kirchen zurückgemeldet haben. Mit der Veröffentlichung des Sozialwortes darf dieser gesellschaftliche Diskurs nicht zu Ende sein. Deshalb ist nach Formen für eine Fortsetzung dieses zivilgesellschaftlichen Diskussionsprozesses zu suchen. Der „Evangelisch-Soziale Kongreß“ und die „Initiative für Solidarität und Gerechtigkeit“ sind Beispiele dafür. Sinnvoll wäre es m. E., das Sozialwort in den „Konziliaren Prozeß“ einzubinden.

(2) Im Vorfeld der Bundestagswahl hat es eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen gegeben, in denen das Sozialwort gleichsam als Kataly-

sator für die politische Diskussion um die Zukunft einer gerechten und solidarischen Gesellschaft gewirkt hat. Ich hoffe, daß solche Veranstaltungen von Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Verbänden und anderen auch in Zukunft durchgeführt werden.

(3) Die Kirchen selbst müssen zu ihrem gemeinsamen Wort stehen. Es genügt nicht, daß nur an den Jahrestagen der Veröffentlichung eine Erinnerungskultur gepflegt wird. Zum Sozialwort stehen heißt einerseits, daß in den innerkirchlichen Diskussionen um Strukturveränderungen das erkennbar werden muß, wozu sich die Kirchen in Bezug auf ihr eigenes wirtschaftliches Handeln bekannt haben. Es bedeutet andererseits, daß sich die Kirchen auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht an die „Option für die Armen“ binden müssen.

(4) Zur Weiterführung des zivilgesellschaftlichen Diskussionsprozesses gehört es auch, daß die Kirchen nach einer gegebenen Zeit eine kritische Bilanz ziehen. Dies sollte – ähnlich dem Konsultationsprozeß – erneut unter Einbeziehung der Öffentlichkeit geschehen.

Hartmut Przybylski

(1) Trotz aller berechtigten Einwände und Kritiken ist das gemeinsame Wort der beiden Kirchen insgesamt ein respektabler Entwurf eines ökumenisch-sozialethischen Grundsatzprogramms, ein nützliches Kompendium relevanter gesellschaftlicher Problemstellungen und ein erster Ansatz eines Strategiepapiers kirchlich-sozialen Handelns. Das Sozialwort hätte es daher verdient, noch viel stärker als bisher verbreitet und diskutiert zu werden.

(2) Der Konsultationsprozeß war nicht nur ein theoretischer Streit um Wirklichkeit, sondern er führte auch und führt immer noch zu vielfältigen praktischen Konsequenzen. Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut, gegen die Benachteiligung von Frauen, Kindern und Jugendlichen, gegen die zunehmende Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der dritten Welt usw. entstanden, oft im Schatten einer größeren Öffentlichkeit, zahlreiche Kampagnen, Aktionen und Projekte. Sinnvoll wäre es, eine exemplarische Auswahl solcher Initiativen in einem Buch zu dokumentieren – als Lehrstücke kirchlich-sozialer Praxis zur Auseinandersetzung, Selbstvergewisserung und Nachahmung.

(3) Vom Evangelium her steht die Kirche unter der Verpflichtung zur konkreten Parteinahme für alle Ansätze und Versuche, die zivile Gesellschaft als eine befriedete, gerecht geordnete und kooperativ koordinierte Assoziation im weltbürgerlichen Maßstab zu sichern und auszubauen. Im Blick auf den Konsultationsprozeß und das gemeinsame Wort bedeutet dies mehr Mut zur Politisierung der dort vorgebrachten Ideen und Kon-

zepte, d. h.: Die Kirche hat sich um der Benachteiligten Willen auf Zeit und in Aktionsbündnissen mit geeigneten Partnern (z. B. den Gewerkschaften) viel stärker als bisher in die öffentliche Auseinandersetzung und in die Machtkämpfe der politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen zu begeben.

(4) Alle Träger des sozialen Protestantismus in den europäischen Kirchen, die in den letzten Jahren ein ähnliches Konsultationsverfahren durchgeführt haben, sollten sich zu gemeinsamen Auswertungstagungen zusammenfinden, mit dem Ziel, ihr Reden und Handeln vor allem im Blick auf die soziale Dimension des europäischen Einigungsprozesses besser aufeinander abzustimmen und stärker zu koordinieren.

(5) Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Bischöfe wäre von den Hauptbeteiligten am Konsultationsprozeß rechtzeitig ein Text mit dem Untertitel „Fünf Jahre später“ oder ähnliches vorzubereiten, der kritisch Bilanz zieht, und Ausgangspapiere angesichts der veränderten Verhältnisse entsprechend fortschreibt.

Harald Wagner

Das Sozialwort verdient es – trotz aller Bedenken – lebendig erhalten zu werden. Seine weitgespannten Erfahrungen und die in ihm aufgenommenen guten Anregungen können den öffentlichen Diskurs zu sozialen Problemen in Deutschland auch weiterhin befruchten. Es sollte Wert darauf gelegt werden, daß in diesem Prozeß die ganze Zivilgesellschaft Adressat – und damit Handlungsobjekt – bleibt. Mir steht dabei die Idee eines verzweigten Gespräches auf allen Ebenen vor Augen. Ein Gespräch, das sich ungezwungen entwickelt, wie es die Situation jeweils erfordert. Zusätzlich aber wäre es m. E. sinnvoll, Impulse in diesen Prozeß einfließen zu lassen. Auf diesem Wege könnten Brennpunkte des Lebens zum Fokus des Gesprächs werden.

Es bildet sich innerhalb der Kirchen eine Initiativgruppe „Brennpunkte zum Sozialwort“. Diese Gruppe regt einen jährlichen Konsultationsprozeß an, der im ersten Schritt Meinungen sammelt, welches Thema als bedrängendstes soziales Problem des Augenblicks erlebt wird. Die Meinungen dazu werden ausgewertet und – als zweiter Schritt – im darauffolgenden Jahr als Diskussionsthema in Kirche und Gesellschaft eingebracht. Hierzu könnte gut auf bewährte Erfahrungen zurückgegriffen werden: Es wird ein Begleitmaterial (Broschüre; verschiedene Medien; Vorschläge für Veranstaltungen und Gruppenarbeiten etc.) erstellt und es werden Höhepunkte zur öffentlichen Ergebnissammlung und Umsetzung in praktische Bezüge geschaffen – vielleicht wäre der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einheit dafür ein günstiger Termin?